Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 22 Halle (Saale), 25. November 1930

M. Jahrgang

Handelsminister Dr. Schreiber und Gewerkschaftsführer Gustav Schneider über Arbeitslosigkeit und Preisbewegung.

Ueberfülltes Haus, überfüllte Tribünen im Reichstag — dieses Mal von der Gefolgschaft der freiheitlich-nationalen Gewerkschaften, die ihren IV. Kongreß in das Haus des Volkes legten. Sie wollten damit ihre bejahende Stellung zu Staat und Volk auch äußerlich kundtun und von dieser Stätte aus zu dem Stellung nehmen, was die Arbeitnehmer gegenwärtig stark beschäftigt und für sie Schicksals- und Behauptungsfrage geworden ist. Arbeitslosigkeit, Preisbewegung und Tributlasten. Gegen letztere fanden die stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerkschaftsringes deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-verbände, Gustav Schneider und Max Fürstenberg, treffende, von starkem Beifall begleitete Worte. Nicht laut genug konnte es aus dem Kreis der Arbeitnehmer klingen, daß uns Tributlasten drücken, die unerträglich geworden sind. Die freiheitlichnationale Gewerkschaftsgefolgschaft appelliert deshalb an die Reichsregierung, dieser Tatsache Rechnung zu tragen und mit Leidenschaft und Unermüdlichkeit für eine Entlastung tätig zu sein. Für die Reichsregierung und Preußische Staatsregierung nahm Handelsminister Dr. Schreiber diesen Appell entgegen und benutze die Gelegenheit, zu betonen, daß gerade die Tätigkeit des freiheitlich-nationalen Gewerkschaftsringes in der Vergangenheit auf staatsbürgerlichem und volkswirtschaftlichem Gebiete fruchtbar gewesen sei. Anschließend begründete Handelsminister Dr. Schreiber die Notwendigkeit der Durchführung des von Preußen vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsprogramms, das als Ergänzung zu den Maßnahmen der Reichsregierung geeignet sei, das herbeizuführen, was alle Arbeitnehmer erwarten: Die Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Die Versammelten brachten durch Zwischenrufe und spontane Kundgebungen dem Minister und damit der Reichsregierung zum Ausdruck, daß sie ein energisches Eingreifen von Staatswegen erwarten, so daß nicht nur Hunderttausend, sondern mindestens eine Million Arbeitslose wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können. Der Minister versprach u. a., daß die Regierung mit der vom Gewerkschaftsring geforderten Wucht die Preisabbaubewegung fördern wolle, und daß sie in ihren Maßnahmen gegen die Arbeitgeber genau so streng vorgehen wolle, wie es nach Ansicht der Versammlung den Arbeitnehmern gegenüber geschehen sei. Die



vielen anwesenden prominenten Vertreter der Ministerien und Behörden werden den Eindruck mitgenommen haben, daß die mit leidenschaftlicher Sachlichkeit erfüllte Versammlung, gerade weil sie staatsbejahend ist, eine zielbewußte Reichs- und Staatspolitik erwartet, die alle Beteiligten, und nicht zuletzt die Arbeitnehmer, befriedigt.

Stahlhelm und nationale Würde!

Zum dritten Male hat der Stahlhelm jetzt seine Italienreise unternommen. Nach kurzem Besuch in Venedig und Florenz trafen 23 Gauführer des Stahlhelms in Rom ein, allem Anschein nach als Gäste der faschistischen Regierung, am Bahnhof von faschistischen Studenten empfangen, denen sie mit faschistischen Gruß erwiderten. Dann versammelten sie sich in großer Stahlhelmuniform, geschmückt mit allen Orden und Ehrenzeichen, vor dem italienischen Nationaldenkmal, um dort am Grabe des unbekannten Soldaten einen mit schwarzweißroter Schleife geschmückten Kranz niederzulegen. Nachdem sie sich so offen als Gegner der Reichsverfassung bekannt hatten, wurden sie unter Führung eines italienischen Offiziers in voller Uniform in einem Auto des italienischen Kriegsministeriums zu dem großen römischen Paradefeld geleitet, wo anläßlich des Geburtstages des Königs die Parade stattfand. In einer für das Publikum bestimmten Tribüne hatte man zwei Sitzreihen reserviert. Nach Beendigung der Parade, an der auch die Millitärattachès und die Mitglieder der Botschaften der früheren allierten Staaten teilnahmen, kam es von Seiten des italienischen Publikums zu einer lauten Demonstration. Als die Stahlhelmleute ihr Auto wieder bestiegen, wurde die polizeiliche Absperrung von einem Teil des Publikums durchbrochen, das auf die Stahlhelmleute zulief und sie mit den Worten begrüßte: "Vivano i fascisti tedeschi!"

Ungezählte Tausende deutscher Brüder sind im Weltkriege dem von Italien an uns begangenen Verrat zum Opfer gefallen. Die Deutschen in Südtirol werden von demselben Italien seelisch geknechtet, unterdrückt und in der barbarischsten Weise mißhandelt. Deutsches Land ist von Italien geraubt. Das alles stört die deutschen Stahlhelmer anscheinend nicht, sich diesem Mussolinischen Italien als Freunde anzubiedern und sich hier für die alleinigen Vertreter nationaler Würde zu halten. — Na schön! Jeder Kommentar ist überflüssig.

Wie es in Südtirol aussieht!

An die Reise des früheren österreichischen Bundeskanzlers Dr. Schober und an den Abschluß des Freundschaftsvertrages zwischen Oesterreich und Italien hatten sich Hoffnungen geknüpft, daß nunmehr das Schicksal der Südtiroler gebessert werden würde und Meinungen, daß derartige Besserungen bereits eingetreten seien.



Eine Aenderung gegenüber dem Vorjahre ist insofern festzustellen, als sich die Regierung sichtlich bemüht, Willkürakte, offene Gewalttaten, die Aufsehen erregen könnten, zu vermeiden.

Die Haftentlassung der unter Mordanklage stehenden Ahrntaler Bauern ist fälschlich ebenfalls als ein Entgegenkommen gedeutet, obwohl sich trotz monatelanger Untersuchungshaft keinerlei Verdachtsmomente ergeben hatten, das Verfahren also aus rein juristischen Gründen eingestellt werden mußte. Ebenso ist eine Reihe von Südtirolern von der formellen Polizeiaufsicht befreit worden. Daneben besteht aber die tatsächliche Bespitzelung "verdächtiger Persönlichkeiten" und die Ueberwachung der Briefpost fort.

In der Sprachenfrage ist sogar ein weiterer Rückschritt zu verzeichnen, und zwar insofern, als die Doppelsprachigkeit jetzt völlig beseitigt worden ist. Nicht nur die außen angebrachten Firmenschilder usw. dürfen nur mehr italienisch sein, auch im Innern der Geschäfte, Gasthäuser usw. müssen Kundgebungen, Plakate, Anschläge ausschließlich in italienischer Sprache abgefaßt sein. Aufrecht erhalten ist das Verbot, deutsche Grabschriften zu setzen. Es ist sogar ein Verbot ergangen, das Grab des im Vorjahre an den Folgen seines Verbannungsleidens verstorbenen Märtyrers Dr. Noldin, das ebenfalls kein deutsches Wort der Aufschrift tragen darf, ohne besondere Erlaubnis der Behörde zu besuchen.

Halle. Die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Staatspartei hielt am 17. November ihre erste Mitgliederversammlung nach dem in Hannover erfolgten Gründungsparteitag ab. Der Vorsitzende, Herr Schwarz, wies einleitend darauf hin, daß die Einberufung dieser Versammlung von dem gegenwärtig noch amtierenden Vorstand erfolgt sei. In der nächsten Versammlung werde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen und bei seiner Zusammensetzung auch den neuen zur Staatspartei gestoßenen interessierten und jungen Kräften aus allen Berufskreisen Rechnung getragen werden. Frau Ohlerich gab hierauf einen ausführlich gehaltenen Bericht über den Verlauf der Parteitage am 8. und 9. November (Auflösungsparteitag der D.D.P. und Gründungsparteitag der Staatspartei). Sie verweilte dabei besonders bei dem Eindruck, den die Rede des zum Parteiführer gewählten Reichsfinanzministers Dietrich auf Delegierte und Gäste machte. Die Führerpersönlichkeit Dietrichs sei überragend und von ausschlaggebender Bedeutung. Der Parteitag habe ihm Ovationen von seltenem Ausmaß bereitet. — Hieran schloß sich ein Referat des Vorsitzenden, Stadtverordneten Schwarz, über "Städtische wirtschaftspolitische Maßnahmen der letzten Zeit". Zur teilweisen Behebung der Arbeitslosigkeit habe ein gut wirkendes und auch in finanzieller Hinsicht für die Verwaltung vorteilhaftes Arbeits-



beschaffungsprogramm eingesetzt. In Verfolg der von der Reichsregierung erlassenen Notverordnung konnte man an neuen Steuern leider nicht vorübergehen. Die vom Magistrat neuerdings beantragte Erhöhung der Friedhofsgebühren werde zweifellos vorläufig keine Mehrheit finden. Desgleichen der beabsichtigte Ankauf der Brandberge wegen Mangels an zur Zeit vorhandenen Mitteln. An Hand einiger ihm vorgetragenen Fälle, in denen die städtischen Grundstückspolitik interessierten Käufern kleiner Parzellen vermeidbare Schwierigkeiten bereitet hätte, habe er sich für eine Aenderung und für eine möglichst billige Abgabe zur Hebung der privaten Baulust eingesetzt. Stärkste Sparsam-keit werde am Etat 1931 geübt werden. — Stadtverordneter Salzmann besprach sodann städtische Maßnahmen sozialer Art. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit in den städtischen Betrieben würde die Einstellung von 460 Arbeitern möglich machen. Er kritisierte die Richtlinien des Wohnungsamtes beim Erwerb von Neubauwohnungen. Die Bestimmung, daß hierzu ein dreijähriger Aufenthalt in Halle gefordert würde, müsse unbedingt in Wegfall kommen. In der Preissenkungsaktion müsse und werde auch der Magistrat aktiv vorgehen. — An das Gehörte schloß sich eine anregende Aussprache, in der Prof. Dr. Lörcher für den bleibenden Wert demokratischen und liberalen Gedankengutes wie auch besonders für die Aufgabe in der Betonung und Vertretung des nationalen Gedankens zu einer Einigung im deutschen Volke zu kommen, warme Worte fand.

Deutsche Staatspartei

Ortsgruppe Halle

Am Donnerstag, dem 4. Dezember 1930, abends 8 Uhr, findet im Saale des Hotels "Rotes Roß", Leipziger Straße 76, ein

öffentlicher Aufklärungs- und Aussprache-Abend statt, an dem Herr

Staatsminister Dr. Schreiber

über die politische und wirtschaftliche Lage spricht. In dem Vortrage werden u. a. besonders behandelt:

Preisabbau - Arbeitsdienstpflicht - 9. Schuljahr Brechung der Zinsknechtschaft - Befreiung von der Tributlast - Aktive Außenpolitik.

Wir machen alle Mitglieder schon heute auf den Besuch dieses bedeutungsvollen Vortrages aufmerksam. Jedes Mitglied erhält noch eine besondere Einladung. Auch um den Besuch unserer Freunde aus der näheren Umgebung wird gebeten.

Verlag: Deutsche Staatspartei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30 Verantwortlich: Johannes Dornblüth, Halle (Saale).



Politischer Wegweiser für Freiheit und Vaterland

Erscheinungstage: 10. und 25. im Monat. Bezugspreis 75 Pf. monatlich

Nr. 22 Halle (Saale), 25. November 1930

M. Jahrgang

Handelsminister Dr. Schreiber und Gewerkschaftsführer Gustav Schneider über Arbeitslosigkeit und Preisbewegung.

Ueberfülltes Haus, überfüllte Tribünen im Reichstag — dieses Mal von der Gefolgschaft der freiheitlich-nationalen Gewerkschaften, die ihren IV. Kongreß in das Haus des Volkes legten. Sie wollten damit ihre bejahende Stellung zu Staat und Volk auch äußerlich kundtun und von dieser Stätte aus zu dem Stellung



stark beschäftigt e geworden ist. tlasten. Gegen len des Gewerkn- und Beamtennberg, treffende, ut genug konnte uns Tributlasten Die freiheitlichdeshalb an die tragen und mit ntlastung tätig zu Staatsregierung Appell entgegen gerade die Tätignges in der Vertschaftlichem Geründete Handels-Durchführung des sprogramms, das egierung geeignet er erwarten: Die mmelten brachten ren dem Minister ck, daß sie ein ten, so daß nicht illion Arbeitslose den können. Der mit der vom Geisabbaubewegung gegen die Arbeitnach Ansicht der schehen sei. Die